Ausgabe für Groß-Berlin — 10 Pfennig

Deutsche Allgemeine Zeitung

Berlin, 3. April 1926 — Sonnabend Abend

Chefredakteur: Dr. Fritz Klein. Schriftleitung und Verlag Berlin SW 48, Wilhelmstrasse 30—32. Fernsprecher: Amt Hasenheide 5979—5999. Postscheck Berlin Nr. 107941. Die „DAZ" erscheint an Sonntags- und Montags einmal, sonst zweimal täglich. Monatl. Bezugspreis 4.35 R.-M. in Berlin durch Boten.

Mit den Beilagen: Welt und Wert * Kraft und Stoff * Wirtschaft und Recht * Bild im Bilde.

Bank-Konto: Darmstädter und Nationalbank, Depositenkasse Berlin SW. 68, Friedrichstrasse 46. Bei unverschuldeter Nichtlieferung besteht kein Anspruch auf Vergütung. Anzeigenpreis 0.45 R.-M. je 35 mm breite Millimeter-Zeile. Bedarfsanzeigen nach besonderem Tarif.

65. Jahrgang — Nr. 156 — 3. 4. 26

Zum Tage.

Schon gegen Ende des Jahres 1924 wurde gerüchtweise davon gesprochen, daß ein Leipziger Physiker sich mit der Entwicklung eines neuen Bildübertragungs-Systems beschäftigte. Wie auch bei der Entwicklung anderer technischer Dinge bewährte sich hier das System der Geheimniskrämerei nicht, sondern alles Wissen wurde alsbald, daß in Leipzig mit Unterstützung von Telefunken umfangreiche Versuche im Laboratorium des Physikers Carolus vorgenommen wurden, um ein drahtloses Übertragungssystem zu entwickeln. Es hat heute etwa ein Jahr gedauert, bis über das System selbst im Elektrotechnischen Verein von den Herren, die an der Entwicklung beteiligt waren, nähere Angaben gemacht wurden. Alle die, welche vorzeitig mit der Lösung des Problems des Fernsehens gesprochen hatten, wurden hierdurch ernüchtert und dahin belehrt, daß es sich hier um die Übertragung feststehender Bilder (Handschriften) herstelle und daß noch nicht die Übertragung bewegter Bilder (Fernsehen) gelungen war, denn bevor es nicht möglich ist, mit einer Bildfernübertragungseinrichtung in einer Sekunde fünfzehn bis achtzehn Einzelbilder zu übertragen — ähnlich wie beim Kinomatographen — kann aus dem Bildübertragen noch kein Fernsehen werden. Daß es aber gelungen ist, Schriftzeichen und Bilder von Optischen ins Elektrische zu übersetzen und die elektrischen Bilder wieder in optische zu verwandeln, ohne dabei an irgendeine Drahtleitung gebunden zu sein, muß als beachtenswerter Erfolg der deutschen Physik und Technik verbucht werden. Wie weit das neue System im praktischen Verkehr Bedeutung erlangen wird, hängt von seiner Wirtschaftlichkeit ab. Immerhin kann man schon heute sagen, daß im Geschäftsleben, in der Kriminalistik, in der Wetterkunde, in der Medizin und auf anderen Gebieten eine getreue Uebermittlung von Schriftzügen oder Bildern, medizinischen Beobachtungsergebnissen oder fingerabdrücken von ausschlaggebender Bedeutung sein kann. Ohne sich auf eine Prophezeihung einzulassen, muß man heute schon sagen, daß das Bildübertragungssystem Carolus-Telefunken, welches an keinen Telegraphendraht und an kein Kabel mehr gebunden ist, im Rahmen unserer modernen Nachrichtentechnik einen schönen Erfolg bedeutet und nach vielen Seiten hin entwicklungsfähig ist.

*

Ein **Dawes-Plan für China** scheint das neueste Gebilde zu sein, auf das die Diplomatie hinarbeitet. Kein Wunder, da ja das Beispiel Deutschlands gezeigt hat, wie man durch diese Methode langsam, aber sicher, die Brutalität unter dem Mantel der christlichen Nächstenliebe verbergend, einem Volke den letzten Tropfen Blut aus seinen Adern pressen kann. Man muß einen derartigen politischen Plan ironisch belächeln, wenn man sich bewußt wird, daß er gerade von solchen Mächten eifrigst betrieben wird, die selbst weit mehr als China verschuldet sind, und ihre eigenen Finanzen nicht in Ordnung bringen können, ganz abgesehen davon, daß sie nicht uneigennützig sind. Die wirtschaftlichen Möglichkeiten bieten, die dem Reich der Mitte zur Verfügung stehen. Um der Außenwelt diese Absicht schmackhaft zu machen, müssen selbstverständlich die chinesischen Finanzen als heillos zerrottet hingestellt, und der jeweiligen chinesischen Regierung jede Möglichkeit abgeschnitten werden, auch nur ihre dringendsten finanziellen Bedürfnisse zu befriedigen. Aus diesem Grunde wurde bisher jedem chinesischen Finanzminister, der um eine entgegenkommendere Interpretation der internationalen Abkommen und Verträge Chinas bat, eine schroffe Antwort gegeben. Jetzt, da die nach Peking zurückströmende geschlossene Kuo-min-Armee die wertvolle Sicherheit der Herren Diplomaten in Peking selbst gefährdet, schwindet plötzlich das starre Prinzipienreiten. Binnen wenigen Stunden sind zwei Millionen flüssig gemacht, um wenigstens den rückständigen Sold der Polizei der Reichshauptstadt zu bezahlen. Nicht um der chinesischen Regierung zu helfen, sondern aus Angst vor persönlichen Unannehmlichkeiten gegenüber einer ausgehungerten Soldateska. Es ist bezeichnend, daß ein bisschen Gefahr für Leib und Leben der diplomatischen Vertreter in Peking genügt hat, Konzessionen zu erzwingen, die bisher nicht erreicht werden konnten, trotzdem offensichtlich der revolutionäre Dauerzustand in China die schwere Schädigung der Weltfriedens und die Weltwirtschaft darstellt. Wie aus Peking gemeldet wird, beabsichtigt anscheinend die immer noch tagende Zollkonferenz, China die längst zugesagten Zollerhöhungen nur dann zu bewilligen, wenn die chinesische Regierung ihre Verpflichtungen aus der unfundierten auswärtigen Schuld begleicht oder durch die erhöhten Einkünfte sicherstellt. Dabei weiß selbst die englische Presse darauf hinzuweisen, daß an Ruhe und Frieden nicht zu denken sei, wenn nicht der Zentralregierung die Mittel zur Verfügung gestellt werden, die früher üblichen Zuwendungen an die Provinzialregierungen wieder aufzunehmen, die friedführenden Generale zu befriedigen und die Armeen aufzulösen. Gewiß soll China auch seine unfundierten Schulden sicherstellen, aber das kommt erst in zweiter Linie in Frage und kann ohne weiteres durch eine entsprechende Erhöhung der Zolleinkünfte erreicht werden. Diese Erhöhung ist um so mehr berechtigt, da dadurch immer noch nicht die Höhe der Zölle der anderen Nationen erreicht wird und Chinas Wirtschaft bei geordneter Regierung die Sicherheit bietet, daß sein internationaler Handel durch diese Zollerhöhung keinen Schaden leidet. Die internationalen Lage Chinas gibt zurzeit berechtigte Hoffnung auf die Möglichkeit einer friedlichen Lösung. Benutzt die internationale Diplomatie diese Gelegenheit nicht, so gibt sie einen erneuten Beweis ihrer Unfähigkeit oder ihres bösen Willens.

*

Die englische Presse hat teilweise stark amerikanische Gewohnheiten angenommen. Viele ihrer Blätter sprechen gern in gehäuften Superlativen. So wird die Polizei das geheime Munitions- und Sprengstoffloger, das neuerdings in der irischen Hauptstadt, und zwar in einem an einer Hauptverkehrsstraße gelegenen Hause, entdeckt hat, als „das größte Kriegsmunitionslager, das jemals in Dublin aufgespürt wurde", bezeichnet. Immerhin gehören bei achtzehn Kisten Sprengstoff, die hier vorgefunden wurden, in die lange Geschichte der irischen Verschwörungen, dieses alte und, wie man sieht, immer noch nicht abgeschlossene Sorgenkapitel John Bulls. Sind doch auch dieser Tage die Verschwörerverhandlung statt gegen den irischen Schwärmer Daly, der am Patrick-Tag Stinkbomben in den Bankettsaal geworfen hatte, wo der Premierminister mit anderen Ehrengästen bei „Kuda der vier Provinzen" saß. — Die englische Justiz arbeitet immer sehr prompt. Die französischen Gerichte haben genau drei Jahre gebraucht, um einen Fall zum Abschluß zu bringen, der gleichfalls in das Gebiet der politischen Attentatsverüberung gehört: Der französische Abgeordnete Violette, Mitglied der radikalen Partei und Gouverneur von Algier, ist mit einer Schadensersatzklage gegen die zur Gruppe der „Camelots du roi" der französischen Abart der Faszisten, gehörigen Herren Maurras und Henri Martin durchgedrungen. Immerhin hat das Gericht ihm einige heraldische Attribute an seiner ursprünglichen Forderung gemacht. Er soll jetzt 800 Franken erhalten als Ersatz für die seiner Frau und ihm verdorbenen Kleider. Diese juristische Entscheidung ist der letzte Ausläufer einer politisch gar nicht so leicht zu nehmenden Angelegenheit. Es war noch in der Aera Poincaré. Bei der erwähnten französischen Gruppe machte sich das faszistische Beispiel Italiens in verdunkelnder Weise bemerkbar. Violette befand sich, in Begleitung seiner Gattin, auf dem Wege zu einer Versammlung, die eine Kundgebung gegen den Faszismus werden sollte. Da wurden er und seine Begleiterin unterwegs überfallen und mit violetter Tinte übergossen. Die Uebeltäter waren die beiden genannten Mitglieder der „Action Française". Gleichzeitig wurde dem der französischen Faszisten gleich verhaßten Abgeordneten Sanguier gewaltsam Rizinusöl eingeschüttet, eine gleichfalls von den italienischen Faszisten übernommene Art der Mißhandlung. Das dritte Opfer war der Abgeordnete Moutet, der sich gegen seine Angreifer kräftig zur Wehr setzte; er bekam jedoch einen schweren Stockhieb über den Kopf. — An diese drei Jahre zurückliegende Ereignisse erinnert jetzt der Schadensersatzprozeß für die tintenbeschütteten Kleider von Herrn und Frau Violett. Es hat sich, seit diese Dinge passierten, doch vieles verändert — auch in Frankreich.

Eigener Nachrichtendienst und „London Times News Service"

Kampfhandlungen im Irakgebiet.

Britische Streitkräfte greifen zum Schutz des Mandatsgebiets ein.

Bagdad, 3. 4. (Reuter.)

Britische Tanks traten gestern vormittag an der Grenze zwischen Syrien und dem Irakgebiet in Aktion, als große Teile Irisch-arabischer Stämme einen Stamm des Irakgebiets angriffen, dem die Verteidigung ihrer Grenzpolizei oblag. Der Feind überschritt mit 2000 Mann die Grenze des Irakgebiets. Die britischen Tanks fügten den einbringenden Stämmen schwere Verluste zu; als Flugzeuge erschienen, floh der Feind unter Zurücklassung von 45 Toten; die Verluste des Feindes an Verwundeten sind nicht bekannt. Vor dem Eingreifen der britischen Kräfte hatten die britischen Offiziere Anweisung erhalten, den Zeichnungen des Scheichs Habil von der Eröffnung von Feindseligkeiten nicht zu folgen und der Verfolgung über die Grenze des Irakgebietes hinaus zurückzuhalten.

Beginn der französischen Offensive in Syrien.

Paris, 3. 4. (W. T. B.)

Die Blätter vom Freitag veröffentlichen eine vom 1. April datierte Meldung aus Beirut, der zufolge gestern vormittag die Franzosen im südlichen Libanon eine Offensive eingeleitet haben. Eine französische Abteilung, die von Artous nach Kunetra vorging, ist, den vorliegenden Nachrichten zufolge, mit Drusen zusammengestoßen und hat diese in die Flucht geschlagen. Die Drusen ließen zehn Tote auf dem Kampfplatz zurück. Eine andere Abteilung, die von Aqoua nach Kunetra marschierte, hatte ebenfalls ein Gefecht mit einer Abteilung Drusen zu bestehen, bei dem die Drusen vier Tote hatten und die Franzosen zahlreiche Gewehre und Munition erbeuteten.

Englisch-französische Meinungsverschiedenheit über die syrische Frage.

London, 3. 4. (Z. U.)

Wie der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph" berichtet, bestehen zwischen der französischen und englischen Regierung Meinungsverschiedenheiten in der syrischen Frage. In London ist man der Ansicht, daß Frankreich als Mandatsmacht nicht berechtigt ist, ohne Zustimmung des Völkerbundes den neuen französisch-türkischen Vertrag über die syrische Grenze zu ratifizieren. Der Völkerbund, dem das syrische Gebiet eigentlich unterstehe und in dem Frankreich nur als Beauftragter des Völkerbundes die Verwaltung führe, müsse, so verlangt man in amtlichen englischen Kreisen, den Vertrag einer eingehenden Prüfung unterziehen. In London erklärt man, daß der Vertrag gewisse territoriale Aenderungen vorsehe, was gegen den Grundsatz verstoße, daß eine Mandatsmacht keinerlei Mandatsgebiete oder Teile dieser ohne Genehmigung des Völkerbundes abtreten könne. Der Vertreter Frankreichs im Völkerbundsrat, Paul-Boncour, stehe jedoch auf dem Standpunkt, daß die Grenzberichtigungen durch die Klauseln des Angora-Abkommens von 1920 gestattet seien. Auch der Lausanner Vertrag sehe derartige Aenderungen der Grenzlinie vor.

Friedensbemühungen im Marokko?

Scharfe Garantieforderungen Frankreichs und Spaniens.

a. Paris, 3. 4. (Eigenbericht.)

Am Quai d'Orsay fand gestern abermals eine längere Beratung zwischen Briand, Painlevé, Steeg und dem Marschall Pétain über Marokko statt. Bereits vor einigen Tagen ist im Zusammenhang mit diesen Besprechungen gemeldet worden, daß es sich um neue Friedensbemühungen handelt, die infolge der französisch-spanischen Garantieforderungen auf Schwierigkeiten stoßen. Auf Information von hohamtlicher Seite wird diese Sachlage nunmehr offen bestätigt. So spricht der „Petit Parisien" von der

Möglichkeit eines Waffenstillstandes auf der gesamten Front,

jedoch müsse Abd el Krim vorher Garantien für seine Unterwerfung geben, die den bei den Mördrier Verhandlungen festgesetzten Bedingungen entsprächen. Das Blatt fügt hinzu, die Friedensfühler Abd el Krims hätten sich in letzter Zeit ständig gemehrt, doch sei gegenüber dem Führer der Rifleute die größte Vorsicht geboten; es dürfe daher angenommen werden, daß bei den Besprechungen der für diese Angelegenheit verantwortlichen Persönlichkeiten in Uebereinstimmung mit der spanischen Regierung eine Politik des vorsichtigen Abwartens beschlossen worden ist.

Abd el Krim soll übrigens in letzter Zeit

seinen Einfluß bei den Stämmen gestärkt

haben, indem er nach dem Muster europäischer Hauptpolitik die Tochter des Führers der Raisoli heiratete. Der Engländer Canning, der als Agent des Riffführers tätig ist und, wie man sich erinnern wird, bei seinen letzten Besuchen von den Pariser amtlichen Stellen gewürdigt wiederum in der französischen Hauptstadt, behauptet aber, nur als Tourist gekommen zu sein. Wichtiger dürfte sein, daß der spanische Oberkommissar für Marokko, ein General Sanjurgo, unerwartet mit Flugzeug in Madrid eingetroffen ist, was ebenfalls auf eine Wandlung der Lage hinzudeuten scheint. Abd el Krim soll von einigen Tagen in einem Manifest erklärt haben, der Friede werde bald erreicht sein.

Der Senat nimmt Kopf- und Umsatzsteuer an.

a. Paris, 3. 4. (Eigenbericht.)

Die Beratung der neuen Finanzgesetze durch den Senat macht schnelle Fortschritte. Die Finanzkommission hat bereits die beiden wichtigsten Artikel, nämlich die Kopfsteuer und die Erhöhung der Umsatzsteuer, angenommen, und zwar ohne Veränderungen. Dagegen beschloß die Kommission, die Artikel über die Schaffung eines Einfuhrmonopols für Petroleum und Zucker von der Vorlage abzutrennen und in einer besonderen Prüfungskommission zu überweisen. Besondere Schwierigkeiten sind von der Beratung dieser Maßregel jedoch nicht zu erwarten. Im Gegenteil dürfte die Regierung, die bekanntlich dem Petroleummonopol stark ablehnend gegenüberteht, dabei von vornherein auf die Unterstützung des Senats zurechnen haben. Heute vormittag wird sich die Vollversammlung des Senats mit der Bearbeitung der Finanzgesetze befassen.

Die erste drahtlose Bildübertragung.

Von Berlin nach Wien nach dem System Telefunken-Karolus.

Wien, 3. 4. (Eigenbericht.)

Heute nacht hat die erste Bildfernübertragung nach dem deutschen System Telefunken-Karolus von Berlin nach Wien stattgefunden. Der Präsident der Bundesbahnen Dr. Frank, Reichspostminister Stingl, Staatssekretär Dr. Bredow, Dr. h. c. Franke, Geheimrat Dr. h. c. Karl Friedrich v. Siemens und Direktor Dr. h. c. Graf v. Arco hatten für dieses bedeutsame Ereignis besondere Autogramme zur Verfügung gestellt. Der Bildsender befand sich in den Laboratoriumsräumen der Telefunkengesellschaft und steuerte über eine Freileitung den 20-Kilowatt-Sender von Königswusterhausen. Der Bildempfänger war auf der Empfangsstelle der Radio-Austria auf dem Laaberg in Wien aufgestellt. Die Uebertragungen sind ausgezeichnet gelungen.

*

In der Geschichte der Bildtelegraphie bedeutet diese Uebertragung einen neuen Marksteine. Seitdem man vor einigen Jahrzehnten schwarzweiße Bilder um Handschriften auf gewöhnlichen Telegraphenleitungen übertragen gelernt hatte, setzte gleichzeitig die Arbeit an der Ausbildung einer drahtlosen Bildübertragung ein. Nach außen hin praktisch nicht bemerkbar. Violette befand sich, in Begleitung seiner Gattin, auf dem Wege zu einer Versammlung, die eine Kundgebung gegen den Faszismus werden sollte. Da wurden er und seine Begleiterin unterwegs überfallen und mit violetter Tinte übergossen. Die Uebeltäter waren die beiden genannten Mitglieder der „Action Française". Gleichzeitig wurde dem der französischen Faszisten gleich verhaßten Abgeordneten Sanguier gewaltsam Rizinusöl eingeschüttet, eine gleichfalls von den italienischen Faszisten übernommene Art der Mißhandlung. Das dritte Opfer war der Abgeordnete Moutet, der sich gegen seine Angreifer kräftig zur Wehr setzte; er bekam jedoch einen schweren Stockhieb über den Kopf. — An diese drei Jahre zurückliegende Ereignisse erinnert jetzt der Schadensersatzprozeß für die tintenbeschütteten Kleider von Herrn und Frau Violett. Es hat sich, seit diese Dinge passierten, doch vieles verändert — auch in Frankreich.

kbg. Wien, 3. 4. (Eigenbericht). Die tschechische Regierung hat das Durchsuchverbot für politische Schmeine, die für den österreichischen Markt bestimmt sind, wieder aufgehoben. Diese Maßnahme ist offensichtlich, ein Ergebnis des Prager Aufenthalts des Bundeskanzlers Ramek.

Amerikas Gleichgültigkeit gegen Europa.

Wachsende Verstimmung über den Genfer Mißerfolg.

a. Paris, 3. 4. (Eigenbericht.)

Der „New York Herald" läßt sich aus Washington melden, daß die Rückwirkungen des letzten Mißerfolges des Völkerbundes in nervösen amerikanischen Kreisen immer stärker bemerkbar werden. Es sei kaum noch zweifelhaft, daß die Vereinigten Staaten zu den Verhandlungen über das Weltschiedsgericht keinen Vertreter entsenden würden, auch nicht in inoffiziellter Eigenschaft. Die amerikanische Regierung habe in letzter Zeit sowohl in London als auch in Paris ihren Standpunkt zu dieser Angelegenheit nochmals entwickeln lassen.

Die aus London eintreffenden Nachrichten, daß Lord Cecil die Unterschriftsfrage in die kommenden Verhandlungen der Entwaffnungskonferenz einbeziehen wolle, seien in Washington mit völliger Gleichgültigkeit aufgenommen worden. Die amerikanische Delegation werde angewiesen werden, diese etwaigen Bemühungen zu unterstützen, und es sei so gut wie sicher, daß sich die Vereinigten Staaten einer Beschränkung der Unterschrift widersetzen würden, da nach amerikanischer Auffassung die Benutzung von Unterschriftsvorgängen durchaus rechtmäßig sei.

Memel und die litauischen Wahlen.

dz. **Memel**, 3. 4. (Eigenbericht.)

Die litauische Oberste Wahlkommission hat dem Wahlbezirk Memel 5 Abgeordnete auf 141 274 Einwohner zugesprochen. Im Memellande hat man auf 6 Abgeordnete gerechnet. Durch die Kenderung des § 50 des Wahlgesetzes ist dieser in Fortfall gekommen. In § 9 war nämlich bestimmt, daß, wenn sich in einem Wahlkreis ein Rest von mindestens 12 500 Einwohner ergibt, für diesen Wahlkreis ein Abgeordneter hinzukommt. Die „Memelländische Rundschau" bemerkt dazu: „In unserem Wahlkreis beträgt der Rest 13 610, darauf hätten wir den 6. Abgeordneten erhalten müssen. Hinzu kommt, daß bei einer Wahlzahl von 25 000 wie sie in dem Wahlgesetz früher bestand, dieser Rest sogar noch bedeutend größer ausgefallen wäre. In der Mißachtung des Wahlgesetzes ist die Bestimmung daß § 9 über die Berücksichtigung des Restes von 12 500 gestrichen, die Abgeordnetenzahl auf 85 festgesetzt und es einfach der Obersten Wahlkommission überlassen worden, die Zahl der Abgeordneten in den Wahlkreisen festzusetzen. Die Kenderung des Wahlgesetzes hat also offensichtlich nur den Zweck verfolgt, den Memelländern den 6. Abgeordneten zu nehmen. Dieses Manöver der christlichen Demokraten ist scheinbar auch von der Opposition nicht durchschaut worden, sonst hätte sie es sicher verhindert.

Das ist aber noch nicht alles! Um die Berechnung der Abgeordnetenzahl richtig auszubalancieren, war es nötig, auch noch die Einwohnerzahl des Memelgebiets um 1711 zu kürzen, sonst hätte der Rest des Memelgebiets möglicherweise noch den von Telschiai (15 643) erreicht. Nach den Angaben des statistischen Büros beim Landesdirektorium beträgt die Einwohnerzahl des Gebiets nicht 141 274, sondern 142 985 Einwohner einschließlich des Militärs. Ob die Einwohnerzahlen des litauischen Wahlbezirkes auf dieselbe Weise — natürlich zu ihren Gunsten — korrigiert worden sind, läßt sich von hier aus nicht feststellen. Jedenfalls muß man sich angesichts der unrichtigen Einwohnerzahl des Memelgebietes versucht fühlen, einige Zweifel an der Richtigkeit der Abgeordnetenzahl zu hegen.

Noch keine Entscheidung in der jugoslawischen Krise.

kbg. **Wien**, 3. 4. (Eigenbericht.)

In der jugoslawischen Ministerkrise ist noch keine Entscheidung erfolgt. Die gestrige Sitzung des Radikalen Klubs hat mit großer Mehrheit Pasitsch das Vertrauen ausgesprochen; damit wird das Schicksal des Kabinetts in seine Hand gelegt. Es verlautet, der Ministerpräsident Pasitsch nehme den demissionierenden kroatischen Ministern gegenüber den Standpunkt ein, daß diese aus der Regierung austreten müßten, weil ihrem Verlangen nach einer vorzeitigen Einberufung der Skupschina infolge der Stellungnahme des Radikalen Klubs nicht entsprochen werden könne. Erst nach Annahme des Rücktritts dieser Minister könne bei der notwendig werdenden Umbildung der Regierung von dem Wiedereintritt des einen oder anderen kroatischen Ministers die Rede sein.

Bombenflugzeuge über Peking.

Peking, 3. 4. (Reuter.)

Heute vormittag überflogen Bombenflugzeuge der verbündeten Truppen Peking mit dem offenbaren Ziel, das Hauptquartier der Kuomintschun-Armee anzugreifen. Vier 60 pfündige Bomben fielen auf das Gebäude des Winterpalastes in der Nähe der französischen Mission an der Kathedrale Pattang. Es wurde niemand verletzt.

Unruhen in Kalkutta.

Paris, 3. 4. (T. U.)

Nach einer Meldung aus Kalkutta ist das Mohammedanerviertel von Kalkutta infolge blutiger Zwischenfälle, die zwischen Hindus und Mohammedanern ausgebrochen sind, von den Eingeborenen vollständig verlassen. Die Theater und Geschäftshäuser der Hindus sind geschlossen, Polizeipatrouillen durchziehen die Straßen. Die Zwischenfälle entstanden, weil eine indische Sekte eine Prozession veranstaltete, die an einer Moschee vorbeizog. Die Mohammedaner protestierten, worauf sich ein heftiger Kampf entwickelte. Zwei europäische Polizeibeamte wurden verwundet. Auf seiten der Hindus und Mohammedaner zählte man ungefähr 20 Tote und 150 zum Teil Schwerverwundete.

Die Saarregierung vor dem Bankerott.

Die Hoffnungen auf den neuen Präsidenten.

Saarbrücken, 3. 4. (Eigenbericht.)

Der Landesrat, unser Ersatzparlament, das heute mit der Beratung der Steuervorlagen der Regierungskommission beginnen sollte, hat seine Vollsitzung auf unbestimmte Zeit vertagt, weil ein Eintritt in die Tagesordnung sich angesichts der fortgesetzten Anträge und Eingaben der verschiedensten Wirtschaftsgruppen an sämtliche Parteien als unmöglich herausstellte. Das Budget der Saarregierung sieht vor einen

neuen Defizit von etwa 80 Millionen Fr.

die sich aus der Verbesserung der Einkommensteuer zugunsten der Lohn- und Gehaltsempfänger im Betrage von etwa 20 Millionen und den Gehaltsaufbesserungen der Beamtenschaft genau dem Baden-Badener Abkommen ergeben. Diesen Fehlbetrag beabsichtigt die Regierungskommission durch Erhöhungen der Gewerbesteuer, Umsatzsteuer, indirekten Steuern usw. zu decken. Die gesamte Bevölkerung, die bekanntlich größtenteils aus schlechtbezahlten Arbeitern besteht, wehrt sich nachdrücklich gegen die neue Mehrbelastung, die überhaupt für das Wirtschaftsleben des Saargebiets untragbar erscheint. Es entspricht der Tatsache, daß die bedauerliche Neigung der Regierungskommission, die völlig unnützterweise von ihr selbst hervorgerufenen Defizite ihr Gesetzes, das Saargebiet als selbständiges Staatsgebilde zu bilden, auf die Saarbevölkerung selbst abzuwälzen, obwohl gerade diese scharf gegnerisch der Abtrennung vom Reiche jederzeit widerstrebte.

Nur um alle Bemühungen der Reichs möglichst durchzuschneiden, hat die Saarregierung sich den Luxus einer eigenen Eisenbahnverwaltung geleistet, die für ein so kleines Gebiet unverantwortlich ist und demnach auch im letzten Haushalt mit einem Verluste von 14,13 Millionen Fr. auftritt, der jedoch zweifellos tatsächlich ein Mehrfaches beträgt. Die Saareisenbahnen erscheinen wie ein großer Rangierbahnhof, dessen Betrieb wesentlich nach den Bedürfnissen des Kohlenabtransportes nach Frankreich eingerichtet wird: die einheimischen Beamten und Arbeiter nun ihren Dienst in einer exotischen, durpenfach abgestuften Uniform, die dem Einzelnenden sofort zeigen soll, daß das Reichsgebiet hier zu Ende ist.

Das gleiche gilt für die ebenfalls mit schweren Fehlbeträgen wirtschaftende Post- und Telegraphenverwaltung. Einzig schleunigster

Wiederanschluß dieser öffentlichen Betriebsanlage an das Reich

könnte einen vernünftigen Betrieb sichern. Ferner sollte die Regierungskommission mit der Sparsamkeit zunächst bei sich anfangen und ihren beschwerdereich aufgeblähten Beamtenapparat durch Entsparungen des Ueberamtsjahrs reichen, ungenügend vorgebildeten und fremdländischen Personals abbauen. Ein Hauptübel der saarländischen Finanzverhältnisse beruht jedoch in der bekannten Schonung des französischen Berfskinns, der, obwohl Inhaber unseres hauptsächlichen Bodenreichtums und Hauptarbeitgeber, durch unerhörte Veranlagungsmethoden nur zu einem Siebentel an den öffentlichen Lasten beteiligt ist. Alle diese, letztlich durch den französischen Annexions- und Ausbeutungswillen erwachsenen Mißbräuche geben dem neuen Saarpräsidium reichliche Veranlassung zu Anträgen, die Ausmaßung solchen Augiasstalles entschlossen in Angriff zu nehmen. Die Fiktion eines autarkischen Saarstaates — diese koktipielige Donquichotterie — muß endlich ausgeträumt sein! Von dem Jahresanfang an bis zum Ende des Jahres 1926 an die Spitze der Saarregierung tritt, sollte man den Einzug und die Verwirklichung nüchterner Tatsächlichkeit auf dem Boden der Saarverwaltung erwarten dürfen.

Schutz des geistigen Eigentums gegen moderne Technik.

a. Paris, 3. 4. (Eigenbericht.)

Auf Anregung der Vereinigung französischer Bühnenschriftsteller hat sich unter dem Vorsitz des Direktors des Völkerbundsinstituts für geistige Zusammenarbeit, Zuchiri, eine Sitzung statt, die sich mit der Frage beschäftigte, wie das literarische und künstlerische Eigentum gegenüber der Ausbreitung der drahtlosen Telegraphie geschützt werden könnte. Es wurde beschlossen, eine Studienkommission einzusetzen, die die Bildung eines internationalen Komitees von Bühnenschriftstellern und Komponisten in die Hand nehmen soll. Die in Frage kommenden Körperschaften jedes Landes werden eingeladen, ihre grundsätzliche Zustimmung dem Sekretariat der Studienkommission, 12 rue Hermel, Paris, mitzuteilen und ihre Vertreter für die weiteren Verhandlungen namhaft zu machen.

Schweres Einsturzunglück in einem Kino.

Mexiko, 3. 4. In einem Kinematographentheater stürzte während der Vorstellung eine Galerie ein. Fünf Personen wurden getötet, 92, darunter viele Frauen und Kinder, wurden verletzt.

Das Untersuchungsverfahren Rosen eingestellt.

rcr. **Breslau**, 3. 4. (Eigenbericht.)

In Sachen des Mordes an dem Professor Rosen waren, wie wir meldeten, die Handsame Neumann sowie das Ehepaar Stock aus der Untersuchungshaft entlassen worden. Jetzt wird weiter mitgeteilt, daß das Verfahren gegen sämtliche Beschuldigten eingestellt worden ist. Insgesamt waren beschuldigt außer den drei erwähnten Personen das Ehepaar Stadtke, das Dienstmädchen Graysch, sowie die drei Strafgefangenen Fleischer, Hanke und Raminger. In der Voruntersuchung, die seit August vorigen Jahres läuft, wurden weit über 100 Zeugen vernommen. In dem Einstellungsbeschluß wird gesagt, daß die Einstellung nur wegen Mangels an Beweisen erfolge, und nicht etwa, weil die Unschuld der Beschuldigten sich ergeben habe. Ferner wird darin zum Ausdruck gebracht, daß eine Entschädigung aus diesem Grunde für die erlittene Untersuchungshaft abgelehnt wird. Die Gefangenen Fleischer und Hanke befinden sich zwar noch in Haft, aber in einer anderen Sache.

Die Rheinpolitik des dritten Napoleon

Von

Richard Bahr.

Vor vier Jahren etwa, auf dem Gipfel jener gegen Deutschland gekehrten französischen Politik, die bisweilen sogar mit dessen eigenen Mitteln, nur eine Fortsetzung des Krieges war, hatte Hermann Onken in einer tapferen, von heißer Vaterlandsliebe bewegten Schrift, darzustellen versucht, wie zum mindesten seit den Zeiten der beiden Ludwige und ihrer großen Berater die politische Mentalität sich nicht wandelte. Wie mit Methoden und Art auch der Geist, der diese Politik nimmerstatter Ruhmsucht und verzehrenden Hasses formte, der gleiche blieb: von den Raubkriegen und Reunionskammern des 17. Jahrhunderts über die Feldzüge der Revolutionsheere und des ersten Napoleon bis auf Clemenceau und Poincaré und die unterschiedlichen, zur Cant und Verkürzung Deutschlands ersonnenen Kommissionen von Versailles. Das Buch, in leidenschaftlicher Kampfluft geschrieben, konnte das Thema nicht ganz erschöpfen, war wohl auch mehr als Werkruf gedacht denn als wissenschaftlich minutiöse Untersuchung. Nun hat in diesen Tagen Onken aus ein neues Werk dazugelegt[9]) und hier spinnt er, in einer Einleitung von beiseitem Schwung, fort, was damals begonnen. Die Linien werden schärfer gezogen, auch die Jahre zwischen 1815, dem für Frankreich vielleicht zu gnädigen Friedensschluß, und dem Staatsstreich des jüngeren Napoleon rücken uns ganz nahe an das Gesichtsfeld, und da sie die auswärtige Politik des zweiten Kaiserreiches beschreibt, wird die Schilderung streng aktenmäßig, den Geschehnissen fast Monat für Monat, stellenweis gar Tag um Tag folgend. Diese Einleitung zeigt alle Vorzüge Onkenscher Darstellungsgabe: packenden plastischen Stil, die ethische Ausrichtung und jene Fähigkeit des „Zusammensehens", die erst den Historiker macht. Ihr Atem freilich geht nicht mehr ganz so rasch wie vor vier Jahren: mez Akten vorlegt, will nicht aufrütteln und erschüttern, will vor allem vor Freund und Feind bemeisen. Trotzdem bleibt so aufrüttelnde Wirkung auch Hermann Onkens neuer Arbeit sicher. Nun, die berichtungenen Jahre, die Napoleon III. von 1863 bis 1870 wandelte vielleicht, unerlich längst nicht mehr frei, wandeln mußte, plan und flar vor uns sich breiten, wird man in dem, was der bourgeois-liberale Thiers ihren „großen Geschehnissen", und der „gerechten Entrüstung" ihren „gerechten Anspruch" hieß — die Herrschaft am Rhein, gegrundet auf deutsche Ohnmacht —, doch wohl den immanenten Zug aller französischen Politik zu erkennen haben. „Das Königtum und der Konvent", urteilt Onken, „das Directoirum und das Kaisertum hatten ihren Anhängern in gleicher Weise lebendige Traditionen der Rheinpolitik hinterlassen, und es ist für die französische Geschichte des 19. Jahrhunderts eine entscheidende Feststellung, daß die Parteien, die nach dem ungeheuren Erlebnis der Napoleonischen Epoche im Jahre 1815 an die Herrschaft rangen, in diesem einen Punkt sich kaum voneinander unterscheiden, sondern sich, wenngleich in einer gewissen Schattierung der Motive, doch auf die eine unmidverstehbare und verpflichtende Tradition berufen können. Das ist es, was alle französischen Parteien doch wieder untereinander verbindet, gleich einer verschwiegenen Eintracht hinter der Versammlung der großen Zeitalter Napoleons III. in diesen Stücken nichts sich änderte, ist der Inhalt der aus den Archiven Preußens, Oesterreichs und der süddeutschen Mittelstaaten von Hermann Onken zusammengetragenen Dokumente.

*

In Frankreich begegnet man gemeinhin der Vorstellung: Napoleon III. sei gescheitert, weil er sich einer doktrinären und unfranzösischen Nationalitätenpolitik hingegeben und das Werk der großen Traditionen der französischen Außenpolitik aus dem Auge verloren hätte. Diese Auffassung wird man nun wohl aufzugeben haben. Es ist nicht ganz leicht zu entscheiden, wieweit es Napoleon mit der Nationalitätenpolitik überhaupt Ernst gewesen ist. Für Onken ist er schlechthin der Spieler, der Abenteurer, „der nichts hat als seinen Namen". Männer, die den letzten Napoleon der Franzosen gekannt und in der Oeffentlichkeit wie im Familienkreise beobachtet haben, entwerfen, wie der sicherlich nicht voreingenommene F. M. v. Radowitz, von ihm berichtet, ziemlich anderes Bild. Vielleicht hat mit dem intuitiven Blick der Genialität ihn am richtigsten Bismarck gesehen, da er, bald nach der Luxemburgischen Krise, meinte: „Die Gefahr für den Frieden liegt nicht in dem Wert Luxemburgs für Frankreich oder für den Kaiser, sondern in der Nachgiebigkeit des letzteren gegen die begehrlichen Leidenschaften der französischen Nation und in seinem Bedürfnis, die innere Schwierigkeiten durch äußere Erfolge zu überwinden." So viel jedenfalls ist gewiß: von der Stunde an, da Napoleon das erste Leben unter seinen Füßen spürt, verlässt ihm diese ganze Ideologie. Da ist die Nationalitätenpolitik ihm nur noch ein Stein auf seinem Brett, den er bald hier, bald dort einsetzt und, als die Partie denn höher und höher steigen, auch wohl (wie bei dem nach Wien gerichteten Angebot eines Offensiv- und Defensivbündnisses) mit siebender Hand vom Tisch fegt. Von nun an weiß Napoleon: er wird sich nur behaupten, wenn es ihm gelingt, seine Gewaltregierung und die Art, wie er zu ihr aufstieg, durch außenpolitische Erfolge und neuen Ruhm vergessen zu machen. Und kennt — vielleicht schon seit jener vertraulichen Unterredung mit dem preußischen Gesandten Otto